

Die Linke Magdeburg
Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg

ZfsG-Aidshilfe Sachsen-Anhalt Nord
Herderstraße 17
39108 Magdeburg

Die Linke Magdeburg

**Co-Stadtvorsitzende
Nicole Anger und
Vera Baryshnikov**
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg

Email: stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de
Web: www.dielinke-magdeburg.de

Magdeburg, 2.05.2024

Queere Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2024

Liebe Menschen der Aidshilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V., der Fraueninitiative Magdeburg e.V. und des LSVD Sachsen-Anhalt e.V.,

wir danken Ihnen und euch herzlich für die Zusendung der Wahlprüfsteine, welche wir gern beantworten. Unsere Antworten finden sich nachfolgend.

I Bildung

1. Planen Sie ein Weiterbildungsangebot im LSBTIQ*-Bereich für Mitarbeitende der Stadt Magdeburg? Falls ja, welche?

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung für die Mitarbeitenden der Stadt Magdeburg ist ein wichtiges Anliegen. Gerade im queeren Bereich ist hier noch viel Luft nach oben. Wir werden uns für Weiterbildungsangebote für die Mitarbeitenden einsetzen. Niedrigschwellige und regelmäßige Angebote sind unser Ziel. Dazu werden wir mit Akteur:innen aus der queeren* Community (gern unter Einbindung der Uni und der Hochschule in Magdeburg) zusammenarbeiten.. Es gilt dabei, die verschiedenen Wissensstände der Mitarbeitenden zu berücksichtigen. Ein intersektionaler Ansatz und Gendersensibilität sind uns besonders wichtig.*

2. Mit welchen Maßnahmen stellen Sie ein diskriminierungsfreies Umfeld für queere Mitarbeitende und zu betreuende Menschen in Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sicher?

Ein diskriminierungsfreies Umfeld für Mitarbeitende und zu betreuende Menschen ist wichtig. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist das KgKJH kompetenter Ansprechpartner (in Bezug auf Fortbildung und Sensibilisierung). Neben den Fort- und Weiterbildungsangeboten für alle sind unabhängige und geschulte Ansprechpersonen, die Betroffene unterstützen, beraten und begleiten, ein wesentlicher Teil. Außerdem wollen wir vor allem Führungspersonal weiterbilden und sensibilisieren. Die Erarbeitung und Implementierung von Awareness- und Schutzkonzepten können zusätzlich unterstützen. Aufklärung und Weiterbildung sind dennoch zentrale Maßnahmen, sowie konsequente Aufarbeitung von angezeigten Fällen von Diskriminierung und Ausgrenzung.

3. Wie werden Mitarbeitende im Gesundheitswesen der Stadt für queere Bedarfe in der Pflege und im Alter sensibilisiert?

Weiterbildungen und Aufklärung sind auch hier zentral. Dazu werden wir mit Fachverbänden und der queeren Communityzusammenarbeiten. Für uns gilt der weite Begriff der Inklusion. Besonders hervorzuheben, ist die Wiederaufnahme des Arbeitskreises HIV-Prävention und die personelle Untersetzung sexueller Präventionsangebote im Gesundheitsamt. Schon vorhandene Strukturen gilt es, in entsprechende Netzwerke aktiv einzubinden, um queere Bedarfe in jedem Alter und im Gesundheitswesen optimal bedienen zu können.*

4. Welche öffentlichkeitswirksamen Kampagnen planen Sie zur Akzeptanzförderung von queeren Lebensweisen?

Wir setzen uns als Linke konsequent für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Akzeptanz queerer Lebensweisen ein. Das Thema begleitet uns bei allen Angelegenheiten und politischen Prozessen. Wir werden dazu weiter eng mit den Akteur:innen der Stadt zusammenarbeiten. Es ist unerlässlich, dass über sexuelle*

Selbstbestimmung aufgeklärt wird, um speziell auch im Nachtleben einen Wohlfühl-Faktor für alle zu gewährleisten.

II Wohnen

1. Welche Wohnkonzepte planen Sie, um der Vereinsamung von queeren Menschen vorzubeugen und den besonderen gesundheitlichen Bedarfen Rechnung zu tragen?

Queere Wohngruppen und Wohngemeinschaften unterstützen wir, wo sie gewünscht sind. Unsere Idee ist die einer inklusiven Gesellschaft, eines guten Miteinanders aller, denn nur das hilft letztlich, Vereinsamung und Abkapslung vorzubeugen. Wir werden uns für die Förderung inklusiver, übergreifender Wohnprojekte einsetzen. Außerdem fordern wir eine Stärkung der Quartiere mit entsprechenden Treffpunkten für alle Menschen und wollen so nachbarschaftliche Hilfsstrukturen stärken.*

2. Wann werden betreute Wohngruppen für queere Jugendliche und Geflüchtete geschaffen?

Wir sehen die Bedarfe und setzen uns für einen schnellstmöglichen Start erster Projekte ein. Die Einführung stadteigener Projekte wollen wir prüfen. Peer-to-Peer Angebote wollen wir fördern. Letztlich steht auch hier der inklusive Ansatz des gemeinschaftlichen Wohnens an vorderster Stelle.

III Zivilgesellschaft

1. Durch welche Maßnahmen planen Sie die Stärkung und Pluralisierung von Schutzräumen für queere Menschen?

Grundsätzlich müssen wir alle öffentlichen Orte zu Schutzräumen für Menschen machen, die Bedarf haben. Die Förderung von Projekten und Angeboten aus der queeren Community heraus muss sichergestellt werden. Die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort wollen wir stärken, bspw. durch mehr (queere*) Jugendclubs für junge Menschen sowie kulturelle Angebote für alle Menschen. Auch fordern wir die Schaffung*

von selbstorganisierten Treffs und kreativen Freiräumen für alle Altersklassen insbesondere für Jugendliche, damit sie sich ausprobieren können.

2. Wie gelingt Ihnen die Sensibilisierung von vorwiegend nicht-queeren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen?

Es müssen Formate entwickelt werden, in denen die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenkommen und sich austauschen können. Darüber hinaus sind Weiterbildungsangebote denkbar. Die Stadt kann auch in Zusammenarbeit mit queeren Akteur:innen Handreichungen und Leitlinien für einen queersensiblen Umgang erarbeiten und bereitstellen.*

3. Inwieweit planen Sie, das Büro der Gleichstellungsbeauftragten personell und finanziell adäquat aufzustocken, um den Herausforderungen, denen queere Menschen begegnen, gerecht zu werden?

Eine bessere finanzielle sowie personelle Ausstattung des Gleichstellungsbüros ist zu begrüßen. Eine Evaluation der Bedarfe wäre hier ein erster Schritt.

4. Wie und warum sehen Sie einen queeren Beirat in der Verwaltung als gewinnbringend an?

Die Perspektive von queeren Menschen und die Beteiligung dieser ist ein zentrales Anliegen für uns. In alle bereits bestehenden Beiräten der Stadt müssen auch die Interessen queerer* Menschen einfließen. Personen aus der queeren* Community sollen den bestehenden Beiräten angehören. Denn nur dann können wir die unterschiedlichen Sicht- und Lebensweisen wirklich zusammenbringen und Bedarfe erkennen, um sowohl den Stadtrat als auch die Verwaltung in allen Belangen zu beraten. Aus dem zuvor benannten intersektionalen Ansatz schlussfolgern wir, dass nur Inklusion weiterhelfen kann.*

IV Gesundheit

1. Wie wollen Sie die notwendigen Präventionsangebote in der sexuellen Bildung sowie dem HIV- und STI-Bereich zukünftig sichern?

Wir schätzen die Arbeit des Zentrums für sexuelle Gesundheit sehr und halten diese für sehr wichtig. Die bedarfsgerechte Förderung des Zentrums muss auch weiterhin gesichert sein, damit das breite Spektrum an Beratungs- und Präventionsangeboten auch langfristig zur Verfügung steht. Vonseiten der Stadt ist es unabdingbar, die eingeschlafenen Strukturen im Gesundheitsamt wiederzubeleben, um weitere Testangebote für Aufsuchende bereitzuhalten. Wo immer es möglich ist, soll die Stadt Magdeburg als Multiplikatorin auf die bestehenden Angebote der sexuellen Bildung hinweisen, vermitteln und ggf. unterstützen.

2. Wie möchten Sie niedrigschwellige HIV- und andere STI-Testangebote sicherstellen?

Niedrigschwellige und vor allem kostenfreie Testangebote sind zur Prävention wichtig. Hier wollen wir Aufklärungsarbeit leisten und Angebote seitens der Stadt breiter aufstellen und neue Anlaufstellen schaffen. Zudem ist auch hier die Arbeit des Zentrums für sexuelle Gesundheit weiterhin zu unterstützen, das schon jetzt anonyme Testtage sowie anonyme Beratungsangebote vorhält. Das niedrigschwellige Testangebote gilt es, perspektivisch ebenso in den städtischen Gesundheitseinrichtungen – von Pflegeeinrichtungen über Medizinische Versorgungszentren bis hin zum Krankenhaus – auszuweiten.

3. Planen Sie ein kommunales Gesundheitsnetzwerk zur Versorgung von Frauen sowie trans, inter und nicht binären Menschen auch unter Berücksichtigung von Mehrfachmarginalisierung? Erläutern Sie bitte.

Peer-to-Peer Beratung ist hier ein zentrales Mittel. Diese wollen wir fördern und sichern. Einem Austausch über Konzepte stehen wir offen gegenüber, ebenso wie der Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Gesundheitsnetzwerk. Im Übrigen braucht es – auch zur Unterstützung eines solchen Anliegens – eine personelle Stärkung der Strukturen des Amtes für Gleichstellungsfragen. Das Angebot, welches Vereine wie TIAM

geleistet haben, gilt es zu reaktivieren, um eine umfassende Hilfestellung und Beratung anzubieten.

4. Planen Sie Drogenkonsumräume mit sozialpädagogischen und psychosozialen begleitenden Angeboten einzurichten, sofern die Landesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen schafft?

Ein Umdenken in der Drogenpolitik muss kommen. Prävention, Beratung und Entkriminalisierung schützen vor Drogenmissbrauch und negativen sozialen Folgen. Drogenkonsumräume sind dafür notwendig. Auch anonyme Teststellen für Drogen, um einen sicheren Drogenkonsum zu gewährleisten, sehen wir als wichtig an. Gleichzeitig müssen auch die Suchtberatungsangebote gestärkt werden, um entsprechende Hilfen anzubieten.

V Kultur + Sport

1. Planen Sie die Einrichtung, Förderung und Etablierung eines soziokulturellen queeren Zentrums?

Die Idee eines soziokulturellen queeren Zentrums ist mit der queeren* Community zu besprechen, denn wenn dann sollte es von einem möglichst breiten Teil der queeren* Akteur:innen der Stadt getragen werden. Für uns steht aber auch zur Debatte, gemeinsam genutzte Räume der Stadt anzubieten. Wir wollen Communities nicht trennen, sondern verbinden und sie in unsere Planungen einbinden.*

2. Auf welche Weise fördern Sie geschlechtssensible Angebote und die Teilnahmemöglichkeit von trans, inter und nichtbinären Menschen im Team- und Einzel-Sport (in allen Ligen/Klassen)?

Sport hat aus unserer Sicht einen Inklusionsauftrag und ist für alle, unabhängig von der Geschlechtsidentität, ein wichtiger Lebensbereich. Projekte und Angebote werden wir fördern und unterstützen. Im Sinne von der Förderung der eigenen Lebensqualität und der gesundheitlichen Vorsorge ist es unerlässlich, dass sich sportliche Angebote am Bedarf

der Sportler:innen orientiert. Dass diese Schutzräume sind und niemand vor Übergriffen fürchten darf, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

3. Wie fördern Sie die Sicherheit von queeren Menschen vor (sexuellen) Übergriffen im Bereich Kultur und Sport?

Präventionsangebote und die Sensibilisierung von Sicherheitspersonal sind hier zentral. Was es braucht, ist eine breite Öffentlichkeit und Sensibilisierung gegenüber dem Thema. (Sexuelle) Übergriffe werden als Problematik sowohl im Leistungs- als auch im Breitensport bisher nicht hinlänglich genug betrachtet. Die Stadt hat eine Verpflichtung – als Sportstadt, als Olympiastützpunkt und insbesondere als weltoffenes Zuhause vieler Menschen – sich an der Aufklärung zu beteiligen. Dies werden wir mit einem entsprechenden Konzept untersetzen, das wir u.a. gemeinsam mit Vertreter:innen der queeren Community erarbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Vereinen und Akteur:innen in der Stadt Ideen für einen ansprechenden, inklusiven, gewaltfreien und sicheren Sport entwickeln. Sport ist immer ein gesellschaftliches Miteinander.*

4. Planen Sie die Etablierung von queeren Themen in bestehenden Kultureinrichtungen? Wenn ja, wie und in welchem Umfang?

Eine vielfältige Kulturlandschaft ist wichtig für eine lebendige Stadt. Eine verlässliche Finanzierung öffentlicher und freier Kulturangebote wollen wir sichern. Das stärkt auch deren Weiterentwicklungspotenzial. Die Sichtbarkeit und Repräsentation verschiedener sozialer Gruppen sind hier zu begrüßen.

VI Diskriminierung

1. Welche Präventionsmaßnahmen sehen Sie als förderlich an, um die Diskriminierung von queeren Menschen abzubauen?

Die Einführung und der Ausbau von Awarenessstrukturen sind ein gutes Mittel. Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Verstärkung von Schulsozialarbeit und die Tätigkeit von Sozialarbeiter:innen in der Stadt. Diese müssen auch explizit für die Belange

queerer Menschen sensibilisiert sein. Wir setzen auf ein breites und umfassendes Präventionsangebot. Queeres* Leben muss Bestandteil aller Lebensbereiche sein und in bestehende Aktionspläne der Stadt einfließen.*

2. Wie schaffen Sie Schutz- und Empowerment-Räume für von Diskriminierung betroffenen queeren Menschen?

Wir stehen dafür, dass alle öffentlichen Räume Schutzräume sein sollen. Hier gilt es, ein übergreifendes Schutzkonzept zu etablieren. Mit der queeren Community werden wir uns verständigen, wie sie sich Empowerment vorstellen. Für uns gilt: „Nichts über uns ohne uns!“*

3. Planen Sie die Förderung und finanzielle Ausstattung der Opfer- und Betroffenenhilfen weiter auszubauen?

Die finanziellen Förderungen müssen verstetigt sein, um die Arbeit der Akteur:innen langfristig zu sichern.

4. Wann wird die Verankerung der vier Personenstände (männlich / weiblich / divers / ohne Geschlechtseintrag), so wie es die Bundesregierung beschlossen hat, durch die Verwaltung umgesetzt?

Wir setzen uns für eine schnellstmögliche Umsetzung ein und werden diese intensiv begleiten.

VII Wirtschaft

1. Wie stellen Sie den Ermessensspielraum der Verwaltung bei der Umsetzung der Vergabeordnung und anderer angrenzender Förderrichtlinien sicher, um queere Lebensbedarfe mitzudenken?

Über das Vergaberecht des Landes werden zuvorderst die Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb zugesagt. Für uns steht eine tarifliche Vergabe nicht zur Debatte. Auch ist es unerlässlich für die kleinen Unternehmen entsprechende Vergaben zu

gewährleisten. Das stärkt die regionale Wirtschaft. Wirtschaftsförderung muss auch inklusiv geschehen.

2. Wie stellt die Stadt als Arbeitgeberin sicher, dass queere Menschen möglichst diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen vorfinden? Diese Frage bezieht sich auch auf die Eigenbetriebe (Theater, Konservatorium, Abfallwirtschaft, etc.) und Beteiligungen der Stadt (MVB, SWM, Elbauenpark, etc.).

Führungspersonal und Mitarbeitenden müssen durch Weiterbildungsangebote sensibilisiert werden. Des Weiteren müssen Awareness- und Schutzkonzepte sowie Anlaufstellen geschaffen werden, um Betroffene von Diskriminierung zu unterstützen. Fehlverhalten muss konsequent aufgearbeitet werden. Die Bedarfe von queeren Menschen müssen bei der Einrichtung des Arbeitsplatzes berücksichtigt werden, wie gendersensible Sanitäranlagen.*

3. Werden Sie als Ergänzung zur Gleichstellungsbeauftragten eine*n Diversitätsbeauftragte*n oder eine ähnliche Beauftragung ernennen, um die Pluralität Magdeburgs auch in ihrer Verwaltung darzustellen?

Diversität ist ein Querschnittsthema, welches in allen anderen Bereichen der Beauftragten (Senior:innen, Menschen mit Behinderung, Kinder- und Jugendliche etc.) seinen Platz finden muss. Wie wir das am besten umsetzen, möchten wir gern mit allen Beteiligten gemeinsam bereden.

VIII Kinder & Jugendliche, Soziales, Integration

1. Welche queersensiblen Bildungsangebote sollen in der freien Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt werden? Wie sollen Mitarbeitende der freien Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendgruppenleitungen für das Thema LSBTIQ* sensibilisiert werden?

Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe (KgKJH) hält ein umfassendes Repertoire an Bildungsangeboten – auch für die freie Kinder- und Jugendarbeit – vor. Aber auch der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt als auch der

Jugendverband Lambda bieten durch die Juleica entsprechende Qualifizierungsangebote. Wir stehen dafür, diese in der Jugendarbeit weiterhin zu stärken. Auch an der OvGU, der H2 sowie der Volkshochschule bestehen hier Möglichkeiten der Weiterbildung.

2. Wie sollen die bestehenden Beratungsangebote für LSBTIQ* unter Berücksichtigung von Qualitätsstandards gefördert werden und gibt es Pläne diese auszubauen? Wie schätzen Sie die aktuelle Förderung ein?

*Die Förderung bestehender Beratungsangebote muss auch weiter gesichert werden. Mit zunehmender Aufgabenvielfalt muss über einen Ausbau der Förderungen nachgedacht werden. Qualitätsstandards können dabei durch eine fortlaufende Evaluation gesichert und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus müssen generell alle Beratungsangebote queer*sensibel erfolgen.*

3. Wie sollen nach Ihrer Auffassung bei der Ausgestaltung der Leistung und Erfüllung der Aufgaben transidente, nichtbinäre und intergeschlechtliche junge Menschen Beachtung finden? (SGB VIII § 9 Abs. 3)

Alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe stehen allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und sozialer Situation zur Verfügung. Damit geht einher, alle Mitarbeitenden verpflichtend und fortlaufend für alle Lebenslagen junger Menschen zu schulen und zu sensibilisieren.

4. Auf welche Weise fördern Sie die Integration queerer Migrant*innen, insbesondere für Personen mit Fluchterfahrung und welche spezialisierten Beratungs- und Unterstützungsangebote schaffen Sie?

Unser Leitbild ist das einer inklusiven Gesellschaft, die in allen Lebensbereichen alle Menschen einschließt. Entsprechend wollen wir bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote fördern und evaluieren, welche zusätzlichen Angebote geschaffen und inkludiert werden müssen. Diese Angebote müssen auch mehrsprachig vorgehalten werden.

Abgesehen davon ist die Arbeit der bestehenden Strukturen, wie der Antidiskriminierungsstelle des Landes Sachsen-Anhalt sowie Miteinander e.V. unserer Auffassung nach ein wichtiger Pfeiler in der Landschaft der Beratungs- und Unterstützungsangebote.

5. Welche Beratungs- und Unterstützungsangebote planen Sie für bestehende und werdende Regenbogenfamilien? Wie sollen bestehende Angebote weiterentwickelt werden?

Wir wollen spezialisierte Beratungsangebote an bestehende Strukturen (z.B. LSVD und auch Familieninformationsbüro) angliedern und fördern. Die Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien ist für uns selbstverständlich. Besonders in den Adoptionsprozessen benötigen die Familien sensible und empathische Fachkräfte, die ihnen im oft langwierigen Prozess zur Seite stehen. Dies muss eine Selbstverständlichkeit in einer weltoffenen Stadt wie Magdeburg sein.

6. Inwieweit planen Sie, Mitarbeitende des Jugendamts für die Bedarfe von Regenbogenfamilien zu sensibilisieren?

Auch hier gilt für uns, regelmäßige Weiter- und Fortbildungsangebote verpflichtend zu unterbreiten.

Mit solidarischen Grüßen

Vera Baryshnikov und Nicole Anger
Co-Stadtvorsitzende Die Linke Magdeburg